Posener Zeitung.

№ 166. Donnerstag den 20. Juli. 1848.

Inland.

Berlin, den 18. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Kreisphysikus, Sanitätsrath Dr. Elfes zu Neuß, im Regierungsbezirk Düsseldorf, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen, und dem Konsistorialrath und ersten Prediger bei der Jerusalems- und Neuen Kirche hierselbst, Samuel Marot, den Charakter eines Ober-Konsistorial-Raths beizulegen.

— Der Justiz-Kommissarius und Notarius Großmann zu Trzemeszno ist unter Beibehaltung des Notariats als Justiz-Kommissarius an das Land- und Stadtgericht zu Lobsens versetzt worden.

— Der General à la Suite Sr. Majestät des Königs, v. Below, ist von Frankfurt a. M. hier angekommen.

Potsdam, den 16. Juli. Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig ist, von Braunschweig kommend, auf Schloß Sanssouci eingetroffen

— Ihre Königl. Hoheit die verwittwete Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin und Höchstderen Tochter, die Herzogin Luise Hoheit, sind nach Schwerin zurückgekehrt.

---

* Posen, den 19. Juli. Gestern Abend hatte eine hier eingegangene Einladung des Berliner constitutionellen Clubbs zu dem von demselben auf den 23. d. M. ausgeschriebenen Congresse den hiesigen constitutionellen Clubb zu einer außerordentlichen Sitzung versammelt. Die Beschickung des Congresses — auf welchem eine möglichst enge Verbindung der im Preußischen Staate bestehenden zahlreichen constitutionellen Clubbs und gleichgesinnten Vereine zur gemeinsamen Bekämpfung der anarchischen Bestrebungen anderer politischen Parteien hergestellt werden soll — wurde nach einem einleitenden Vortrage des Sprechers ohne Diskussion beschlossen, eine solche dagegen über die Frage eröffnet, ob dem Deputirten eine Instruktion zu ertheilen oder nicht. Für die Ertheilung einer Instruktion wurde geltend gemacht, daß der Deputirte nicht blos als ein Mann des allgemeinen Vertrauens, sondern als Vertreter der politischen Grundsätze des hiesigen constitutionellen Clubbs nach Berlin entsendet werden solle, und über diese Grundsätze also nirgends in Zweifel sein dürfe. Auf der andern Seite wurde dagegen die innere und äußere Unmöglichkeit einer genügenden Instruktion überhaupt und besonders im vorliegenden Falle ausgeführt, die mißliche Lage des an eine ungenügende Instruktion gebundenen Deputirten geschildert, und die Befürchtung ausgesprochen, daß sich zu einer so beschränkten Mission Niemand bereitwillig finden dürfte. Bei der Abstimmung entschied sich die Versammlung dahin, keine Instruktion zu ertheilen. Die Wahl fiel auf Herrn Assessor Graebe als Abgeordneten, und Herrn Gastwirth Kaatz als Stellvertreter desselben.

† Wronke, den 18. Juli. Wie in anderen Theilen der Provinz, kräftigt sich auch bei uns das Wesen der deutschen Bevölkerung, wozu freilich die gemeinschaftliche Noth der letzten Zeit nicht wenig beigetragen hat. Dies spricht sich insbesondere in der Volksbewaffnung aus; im Drange der jüngsten Monate entstanden, durch die handgreifliche Gefahr auf die eigentliche Bestimmung ohne müßige Spielerei hingewiesen, hat sich dieses Institut mehr und mehr fortgebildet, und vereinigt jetzt eine verhältnißmäßig bedeutende Zahl wohlgeübter, disciplinirter Leute. Die hiesige Bürgerwehr besteht aus 650 kräftigen Männern, unter diesen sind 380 Mann mit Gewehren, 60 mit Büchsen und 200 mit Lanzen armirt, ein kleiner Theil ist beritten. Nächstdem fehlt es nicht an Vereinigungspunkten für eine gemeinschaftliche Thätigkeit, wie überhaupt der rege, anhaltende Eifer anerkannt werden muß, mit dem man sich in unserer kleinen Stadt den Angelegenheiten des Vaterlandes zuwendet.

†† Berlin, den 18. Juli. Der Erzherzog-Reichsverweser scheint sich zu Preußen in das möglichst freundliche Verhältniß setzen zu wollen. Der General-Major v. Below, der ihn auf einem großen Theil der Reise nach Frankfurt begleitet und ihm die Wünsche unserer Verwaltung mitgetheilt hat, hat ihn sehr entgegenkommend gefunden, und namentlich hat die volle Anerkennung, die er dem Preußischen Staat zu Theil werden ließ, einen sehr wohlthuenden Eindruck gemacht. Gespannt bleibt man auf sein Verhalten Hannover gegenüber, gegen das sicher ein mißbilligender Ausspruch der National-Versammlung gefällt werden wird. Man glaubt indeß, das hannöversche Ministerium würde seinen jüngsten Akt in der Weise desavouiren, wie es schon in einem ähnlichen Falle (Protest beim Beginn der National-Versammlung) gethan hat, und hiermit dürfte der Gegenstand vor der Hand erledigt sein. Schwieriger wird sich auf die Dauer das Verhältniß des Reichsverweser zu den kleinen Landesregierungen stellen; denn es läßt sich durchaus nicht leugnen, daß diese Vielheit der monarchischen Interessen der Einheit der Nation widerspricht. Daß die größeren deutschen Gebiete, namentlich insofern sie Stammeseigenthümlichkeiten repräsentiren, aus inneren und äußeren Gründen noch für lange Zeit in staatlicher Selbstständigkeit verbleiben werden, bezweifelt Keiner, der die Geschichte des Deutschen Volkes überhaupt kennt, aber gerade in der Existenz von Staaten, wie Lippe, Homburg, Hechingen, Liechtenstein, Köthen, Schwarzburg, den sächsischen Herzogthümern, spricht sich doch nach gerade ein Widerspruch aus, der in der Zeit des entschiedensten Ernstes nicht mehr durch die Witzeleien geschärft zu werden braucht, mit denen früher gegen diese Duodezgebiete operirt wurde. Denn diese Kleinstaaterei bildet für alle freien Institutionen die unüberwindlichsten Schranken. In der Organisation des Heerwesens, der Justiz, der Kirche, überall, wo das Zusammenwirken aus einer größeren Gemeinschaft heraus oder kostspielige Reformen Noth thuen, wird man hier auf unvermeidliche Hindernisse stoßen. Viele der kleinen Landesherren verkennen das Schiefe und Unhaltbare ihrer Stellung nicht, und sind, wie man hört vielleicht zum Aufgeben ihrer Souverainetät nicht ungeneigt. Und nicht zu verkennen ist, daß in der längeren Fortdauer ihrer Souverainetät eine Gefahr für Deutschlands Ruhe ist, denn ganz besonders giebt der republikanischen Partei das Bestehen dieser 37 Staaten und 33 Souveraine ein Beweismittel mehr für die Unmöglichkeit einer deutschen Einheit in konstitutioneller Form. Zur Zeit des Vorparlaments war in einzelnen Fürstenhäusern die größte Geneigtheit für einen Verzicht auf ihre Hoheitsrechte, weil damals der revolutionaire Zustand zu Opfern bereit machte, namentlich wollte eine Zahl nord- und mitteldeutscher Fürsten zu Gunsten einer preußischen Hegemonie abdanken. Die Zeiten haben sich geändert, und in Thüringen z. B., in dem die Kleinstaaterei zu Hause ist, spricht sich jetzt schon eine unverkennbare Lust zum Fortbestand des „Kantönliregiments" aus, da ein Anschluß an das preußische Erfurt, Thüringens Hauptstadt, nicht ausführbar geworden ist. Immer aber ist, wie gesagt, die Möglichkeit des Mediatisirens geboten; der National-Versammlung liegen bezügliche Anträge vor, und wenn wir auch jetzt in Deutschland wieder auf dem Boden des Rechts stehen, wird die Nothwendigkeit der Rechtssicherung den Reichsverweser dahin bringen, auf Grund eines Beschlusses der Nationalversammlung oder auf dem Wege der Verhandlung eine Reihe dieser Miniaturstaaten aufzulösen. Ich komme auf diesen gewiß sehr wichtigen Gegenstand vielleicht nächstens ausführlicher zurück. Daß Peuckert als Kriegsminister neben dem Oesterreicher Schmerling und dem Hanseaten Heckscher ins Reichsministerium berufen ist, wissen Sie aus den gestrigen Zeitungen.

Berlin. — Die im Rechnungsjahr 1848 bestrittenen und voraussichtlich noch zu bestreitenden außerordentlichen, im Etat nicht vorgesehenen, Ausgaben betragen 1) zu Unterstützungen in den oberschlesischen Kreisen Pleß und Rybnick 800,000 Thaler, 2) zu der am 19. März d. J. angeordneten Auslösung der in Berlin versetzten Pfänder bis zu 5 Thlr. 450,000 Thlr., 3) Vorschuß an den Magistrat zu Berlin zur Aushülfe bei den hiesigen Sparkassen 200,000 Thlr., 4) Zuschüsse zur Errichtung von Schutzmannschaften und zur Bewaffnung von Bürgerwehren 1 Mill. Thlr., 5) Kosten des Vereinigten Landtages, der hiesigen und der Frankfurter National-Versammlung 300,000 Thlr., 6) Zuschüsse zur Justiz-Verwaltung, wegen Zurückbleibens der Sporteln, 1 Mill. Thlr., 7) an außerordentlichen Militair-Ausgaben, einschließlich der Kosten für Küstenbewaffnung 10 Mill. Thlr., 8) Antheil an den Kosten zur Herstellung einer Deutschen Kriegs-Marine 1 Mill. Thlr., 9) zur Anlegung von elektromagnetischen Telegraphen bis zur Belgischen Grenze, so wie nach Frankfurt 250,000 Thlr., 10) zur Erweiterung der Geschäfte der Bank 3 Mill., 11) zur Errichtung von Diskonto-Kassen 1 Mill. Thlr., 12) zur Aushülfe der Seehandlung 1 Mill. Thlr., 13) Zuschuß an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten behufs Arbeiter-Beschäftigung 2 Mill. 500,000 Thlr., in Summa 22 Mill. 500,000 Thlr.

— Wie man der Breslauer Zeitung aus glaubwürdiger Quelle versichert, findet zwischen dem Reichsverweser und unserm Könige das intimste Verhältniß statt, und man fügt hinzu, daß ein Preußischer Prinz demnächst in Frankfurt erscheinen wird. Eine Proklamation des Reichsverwesers an die Deutsche Nation, die Sachlage erörternd, zum Frieden und zur Eintracht ermahnend, steht bevor. — Die Englische Regierung hat sich bereit erklärt, in Bezug auf Handelstraktate mit dem Deutschen Reichsverweser in Verbindung zu treten und dadurch die Anerkennung der Deutschen Einheit auszusprechen. Wie ich höre, wird auch Rußland einen eigenen Gesandten bei dem Reichsverweser beglaubigen; in Bezug auf Frankreich ist die Erledigung dieser wichtigen Frage noch zweifelhaft.

Vom Niederrhein, den 12. Juli. Bei den wieder mehrfach ausgesgrengten Gerüchten über Kartoffelkrankheit, welche wahrscheinlich von Speculanten herstammen, finden wir uns im allgemeinen Interesse veranlaßt, Ihnen über die bevorstehende Ernte in unserer Gegend Bericht zu ertheilen.

Wir dürfen Ihnen die gegründete Mittheilung machen, daß das Ergebniß der diesjährigen Ernte ein so erfreuliches zu werden verspricht, wie es in vielen Jahren nicht gewesen ist. Seit wenigen Tagen hat man an den verschiedenen Orten mit dem Mähen des Roggens begonnen und diese Getreideart wird einen nicht minder günstigen Ertrag liefern, wie die vorjährige enorm reiche Ernte. Ein gleiches Resultat steht von Weizen in Aussicht. Die Frühkartoffeln fallen so reichlich und günstig aus, daß die Preise in acht Tagen um ca. 50 pCt. gewichen sind. Die Ernte der Spätkartoffeln, welche in der schönsten Blüthe stehen und an denen noch nicht das geringste Zeichen der Krankheit zu finden ist, wird sicherlich nicht, wie in den letzten Jahren, zu hohen Getreidepreisen, sondern vielmehr dazu beitragen, daß den gedrückten niedern Klassen durch billige Lebensmittel emporgeholfen wird. Während im vorigen Jahre die Sommerfrüchte: Buchweizen, Hafer und Gerste nur etwa $\frac{1}{3}$ der gewöhnlichen Ernte ergaben, können wir jetzt einem ganz gesegneten Ertrag darin entgegen sehen.

Frankfurt a. M., den 16. Juli. 38ste Sitzung der Deutschen National-Versammlung am 14. Juli. Die Sitzung wurde gegen 9

Uhr durch den Vice-Präsidenten von Soiron eröffnet. Der Präsident von Gagern war nicht anwesend. Nach Verlesung des Protokolls kündigte der Vorsitzende an, daß der Abgeordnete Wesendonck die Dringlichkeit eines die Erklärung des Königlich Hannoverschen Staats-Ministeriums an die Stände betreffenden Antrages zu begründen wünsche. Zugleich verlas der Vorsitzende eine auf jene Angelegenheit Bezug habende Erklärung der Abgeordneten aus Hannover. Die Versammlung gestattete dem Abgeordneten Wesendonck die Begründung der Dringlichkeit seines Antrages, welcher dahin geht, die National-Versammlung wolle dem Reichsverweser dringend empfehlen, die in dem Schreiben des Hannoverschen Gesammt-Ministeriums vom 7. Juli an die dortige Stände-Versammlung enthaltenen Bedenken und Vorbehalte gegen die Befugnisse des Reichsverwesers durch das verantwortliche Reichs-Ministerium entschieden zurückweisen zu lassen. — In dem gedachten Schreiben liegt eine eventuelle, beleidigende Widersetzlichkeit gegen die Beschlüsse der National-Versammlung, verbunden am Schlusse des Schreibens mit einer Drohung. Es war ein Schrei der Entrüstung durch ganz Deutschland; auch in dieser Versammlung werden nur sehr Wenige sein, die, mild ausgedrückt, das Schreiben nicht höchlich mißbilligt haben. Die Augen von ganz Deutschland sind auf uns gerichtet; man erwartet, daß wir eine solche Drohung und Erklärung nicht ungeahndet vorübergehen lassen. Wenn die Beleidigung nicht sofort zurückgewiesen wird, so verliert die Zurückweisung später alle Kraft. Es ist eine milde Fassung gewählt, um eine möglichst große Majorität zu erlangen. — Lang von Verden macht auf die Erklärung der Hannoverschen Abgeordneten in der National-Versammlung aufmerksam. Diese haben geglaubt, ihren Wählern, dem Deutschen Volke und dieser Versammlung die Erklärung schuldig zu sein, daß, wenn dem fraglichen Schreiben die allgemein gegebene Deutung zu geben ist, sie keineswegs gemeint seien, daß irgend eine Gewalt in Deutschland über der National-Versammlung steht, sondern daß ihre Beschlüsse von Jedem, er stehe hoch oder niedrig, befolgt werden müssen. Jene Deutung ist aber nicht die einzig mögliche und nothwendige. Die Drohung am Schlusse ist beim rechten Licht zu betrachten. Dann enthält sie die eventuelle Absicht, abzutreten. Glauben Sie, daß dies irgend eine Besorgniß in der National-Versammlung erregen wird? (Gelächter und Bravo: Nein!) Etwas anders steht es in Hannover. Man mag die Persönlichkeit des Königs beurtheilen, wie man will, so ist er gegenwärtig der Stützpunkt für die Ruhe; darum wünscht der Redner und die anderen Hannoverschen Abgeordneten nicht, daß der König jetzt seine Stellung aufgebe. Darum ist zu wünschen, daß der Antragsteller für jetzt seinen Antrag zurückziehe. — Grumbrecht von Lüneburg verlangt das Gleiche vom Standpunkt der Hannoverschen Abgeordneten aus, deren nur Wenige die Gründe des Vorredners nicht für wesentlich halten. Für den Fall, daß der Antrag nicht zurückgezogen wird, stellt der Redner den Antrag, im Vertrauen auf die Schritte des Reichsverwesers zur Tagesordnung überzugehen. Es ist nicht nützlich, die Stimmung einzelner Theile von Deutschland zu sehr aufzuregen. Wesendonck: Der 7. Juli scheint in der Hannoverschen Geschichte eine besondere Rolle zu spielen. Am 7. Juli vor 11 Jahren erschien das Patent, welches das Hannoversche Grundgesetz aufhob. In diesem Jahre erschien ein Schreiben, welches von eben so wichtigem Einfluß für die Verfassung von Deutschland sein kann. Der Abgeordnete Heckscher hat am Schlusse seines jüngsten Berichts ausgesprochen, daß mehrere Deutsche Fürsten erklärt haben, der Einheit Deutschlands jedes Opfer bringen zu wollen. Er hat daran die Hoffnung geknüpft, daß die übrigen ein ähnliches thun werden. Diese Hoffnung ist getäuscht worden; der erste Fürst, der seine Stimme erhoben hat, erklärt unumwunden, daß er nicht jedes Opfer zu bringen bereit sei. Nach dem Schreiben hat der König von Hannover zwar seine Zustimmung zur Wahl des Reichsverwesers aus Rücksichten für die Persönlichkeit gegeben; das beweist, daß er glaubt, sie auch verweigern zu können. Er hält sich allein für kompetent, über die Befugnisse der National-Versammlung zu urtheilen. Er macht einen Vorbehalt, der in dem weitesten Sinn gedeutet werden kann. Was gehört nicht Alles zu den inneren Angelegenheiten? Die Versammlung beräth jetzt über die Grundrechte; dies würde nach jener Ansicht vergeblich sein. Die National-Versammlung hat das Recht, die kleineren Fürsten, worauf bereits ein Antrag eingegangen ist, zu mediatisiren. (Unruhe auf der rechten Seite.) Es handelt sich hier nicht darum, ob sie es thun will; aber das Recht muß ihr zuerkannt werden. Die Landeshoheit in den einzelnen Staaten muß beschränkt werden. Dagegen ist hier eine Erklärung, welche die wichtigsten Beschlüsse in Zweifel setzt. Am Schlusse ist eine Drohung; wird sie so verstanden, wie sie hier interpretirt und auch in Hannover verstanden wird, so ist es wahrlich kein Unglück. Es ist aber noch eine andere Deutung möglich, nämlich, daß sich Hannover von Deutschland lossagen wolle. Man muß an die Gerüchte bezüglich des Einflusses eines mit Deutschland verwandten Volkes denken. Die Drohung war jedenfalls ungebührlich, sie war nicht am Platze, als eine Verletzung der der National-Versammlung schuldigen Ehrerbietung, welche auch der König von Hannover haben soll. Das Benehmen darf nicht ungeahndet vorübergehen. Der König von Hannover ist sehr hartnäckig, und man darf ihm nach der Erfahrung eine große Energie zutrauen. Dies fordert, daß die National-Versammlung nicht auf dem Standpunkt des Vertrauens bleibt, sondern mit Entschiedenheit ein Unglück abwendet, welches der Nation droht. Nicht alle Fürsten haben ihre unbedingte Zustimmung erklärt; sind wir nicht energisch, so kann ein Anderer bald dem Beispiel von Hannover folgen. Gegen die Fassung des Antrags kann kein Einspruch erhoben werden; für seine Person hätte der Redner die Ausdrücke gern schärfer gegeben, wie es bei der Entwickelung nothwendig war. Aber um die größtmögliche Mehrheit zu erhalten, mußte auf die Fassung Rücksicht genommen werden. Eine Erklärung zu Protokoll hat nicht die gehörige Wirksamkeit. Wir überlassen die Sache der Centralgewalt; die Nationalversammlung war sich schuldig, eine Erklärung in der Angelegenheit zu geben. — Von dem Vorsitzenden wurden mehrere inzwischen eingegangene Verbesserungsvorschläge, meist auf motivirte Tagesordnung gehend, verlesen, z. B. von Leue: „In Erwägung, daß jedem Fürsten freisteht, abzutreten, wann und wie es ihm beliebt, so wie in Erwägung, daß die Nationalversammlung ihren Beschlüssen Anerkennung verschaffen wird"; von Grumbrecht: „In Erwägung, daß die Centralgewalt die geeigneten Schritte thun werde, um dem Schreiben in angemessener Weise entgegenzutreten ꝛc." Vom Vorsitzenden werden weiter eingegangene Verbesserungs-Anträge verlesen, unter diesen einer (von Zitz, Zimmermann aus Stuttgart, Kollaczek, Schlöffel, Schmidt aus Schlesien, Schuselka, Wiesner, Ruge, Martiny), dahin gehend: „Die National-Versammlung erklärt dem Könige von Hannover, daß sie selbst und folgerecht die von ihr eingesetzte Centralgewalt, unbedingt befugt ist, auch die inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten Deutschlands zum Wohle des Gesammtstaates festzustellen. Da sonach die Unterstellung, von welcher der König von Hannover den Rücktritt als König des hannoverschen Volkes abhängig gemacht hat, eingetreten ist, so fordert die National-Versammlung denselben auf, sofort die Regierung des Königreichs Hannover an die Centralgewalt abzutreten, worauf der souveraine Volkswille der Hannoveraner über die künftige Form der Staatsregierung des Landes weiter zu beschließen haben wird." Am besten formulirt ist ein Antrag von Franke. (Dieser lautet: „Die National-Versammlung beschließt, die Erklärung des hannoverschen Gesammt-Ministeriums der Centralgewalt zur sofortigen Zurückweisung der darin erhobenen Ansprüche zuzuweisen.") Mögen wir den Entschluß fassen, schloß Bassermann, daß wir gegen jeden Angriff auf die Einheit, von welcher Seite er komme, energisch auftreten. Wer der Einheit von links oder rechts einen Schlagbaum hineinwerfen will, der soll, wie der Abgeordnete von Leipzig sagte, zermalmt werden (Beifall.) — Eisenmann: Die Erklärung wurde gegeben als die Kammer geschlossen wurde und das Land kein Organ hatte, sich zu äußern. Die Erklärung ist gegeben von einem Monarchen, der eine zu Recht bestandene Verfassung gestürzt hat. Die Fassung des auf Schrauben gestellten Beschlusses berechtigt zu der schlimmsten Deutung. Der Antrag Wesendonk's für welchen sich der Redner erklärt, ist gemäßigt und wahrhaft staatsmännisch gefaßt. Der Redner wäre nicht auf die Tribüne gestiegen, wenn nicht der Antrag auf Tagesordnung gestellt worden. Gerade diejenigen, welche die constitutionelle Monarchie wollen, müssen sich entschieden äußern, damit sie dem Volke zeigen, daß sie es nicht täuschen. (Bravo!) — Wydenbrugk entwickelt einen Antrag: „Die National-Versammlung beschließt, die Centralgewalt möge die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes darüber von dem Staats-Ministerium in Hannover fordern." Der Redner findet den Wesendonckschen Antrag nicht entschieden genug. Die Drohung des Königs ist gleichgültig; wenn es ihm zu Deutsch in Deutschland ist, mag er hingehen, wo er her gekommen ist, zu den Ultra-Tories. Das bedenklichste der Erklärung liegt darin, daß der König von Hannover nur der Persönlichkeit des Reichsverwesers wegen diesen anerkennen will. Er will sich jetzt, weil es ihm beliebt, unter die Centralgewalt stellen. Er muß aber das Gesetz positiv anerkennen, sonst ist er ein Rebell. Zeigen wir, daß wir die Einheit Deutschlands vertheidigen wollen gegen Jeden, ob er eine Blouse trägt oder eine Krone. (Stürmisches Bravo.) — Die meisten Antragsteller zogen nun zum Theil nach kürzeren Erklärungen ihre Anträge zurück. Leue ist gegen den Wydenbrugkschen Antrag, der die National-Versammlung in Verlegenheit bringen kann, wenn die Erklärung von Hannover nicht erfolgt. Wydenbrugk: Es bedarf einer ausdrücklichen Anerkennung, weil sie indirekt versagt ist. Wird die Erklärung nicht gegeben, so wird sie das Volk zu erzwingen wissen. Simon von Trier entwickelt den Zitzschen Antrag. Der König von Hannover hat vorausgesagt, daß er nicht anerkennen werde; es ist also nicht abzusehen, warum noch eine Erklärung verlangt werden soll. Der König von Hannover wird die Anerkennung auch nachträglich nicht geben. Also muß die Centralgewalt das Land reichsunmittelbar machen. Der Antrag ist nicht so stark, als die Erklärung des Gesammt-Ministeriums von Hannover. Es wird von „dem Allerhöchst Ihnen von Gott anvertrauten Land und von der eigenen fürstlichen Ehre" gesprochen. Darin liegt die alte Theorie des Ober-Eigenthums. Die fürstliche Ehre, welcher eben so das Wohl und die Freiheit der Völker gegenüber gestellt wird, kann vernünftigerweise von diesem nicht getrennt werden. Wir müssen die nöthigen Konsequenzen ziehen. Wenn Bassermann den vorliegenden Fall mit dem Antrag der Linken in Berlin verglichen hat, so paßt der Vergleich nicht. (Unruhe auf der rechten Seite: Zur Sache!) Wenn der Vergleich zur Sache gehörte, so gehört es auch die Aeußerung dagegen. (Der Redner verliest den Jacobischen Antrag.) Keine Regierung und Kammer hat in die Beschlüsse der National-Versammlung hinein zu reden. Wenn aber Jemand etwas zu reden hätte, so wäre es eher die Kammer, die Vertreter des Volks. Die Linke in Berlin sagt, daß sie einen Beschluß nicht billigen könne, das ist nur ein Urtheil. Sie sagt aber später, daß sie die Beschlüsse der National-Versammlung anerkennt, und daß diese allein die Befugniß hat. Wenn etwas zermalmt werden soll, so ist es nicht die Kammer in Berlin, sondern das Ministerium.

(Schluß folgt.)

Frankfurt a. M., den 16. Juli. (Frkf. Bl.) Der Erzherzog-Reichsverweser hat gestern Vormittag um elf Uhr seine Rückreise nach Wien angetreten.

— Vorgestern Abend erschien der Erzherzog-Reichsverweser in der schön ausgestatteten großen Loge des hiesigen Theaters, in welchem bei glänzend erleuchtetem Hause „Oberon" gegeben wurde. Bei seinem Eintritte wurde derselbe von dem zahlreich anwesenden Publikum mit endlosem Jubel empfangen. Jedermann erhob sich, und es gewährte einen reizenden Anblick, die zahlreich anwesenden geschmückten Damen zu seiner Begrüßung die Tücher schwenken zu sehen. Als nach Beendigung des zweiten Akts der Gefeierte sich an der Logen-Brüstung zeigte, fand wieder allgemeines Erheben statt, und unter lautloser Stille sprach derselbe folgende herzliche Worte: „Ich muß jetzt auf kurze Zeit Abschied nehmen. Ein gegebenes Wort ruft mich nach Wien und das Wort muß dem Deutschen Mann heilig sein. Bald kehre ich zurück und bringe mit, was mir das Theuerste ist: Weib und Kind!" Diese gemüthvolle Anrede fand den Weg zu den Herzen aller Anwesenden, und nachdem der Erzherzog schon die Loge verlassen, schallten ihm noch das Vivat und Hoch der Versammlung nach.

— Die Rücksichten auf Preußen haben in Herrn Camphausen nicht den gewünschten oder erwarteten Ausdruck gefunden. Er hat abgelehnt und nach den Aeußerungen, welche man von ihm vernimmt, war diese Entscheidung von seiner Seite ebenso nothwendig als ehrenwerth. Denn nur ein unbedingtes und entschlossenes Vertrauen zur Deutschen Sache kann uns die von einzelnen Staaten empfohlenen Mitglieder des Reichsministeriums willkommen machen. Solche Minister werden in der Majorität der National-Versammlung und in der Nation selbst eine kräftige Unterstützung finden. Wir erwarten die Handlungen der bereits ernannten mit guter Zuversicht, denn die Grundsätze einer von ihnen gegen-

gezeichneten Proklamation des Reichsverwesers, die uns soeben unter die Augen kommt, bestärken uns vollkommen in unserer guten Meinung.

Göttingen, den 11. Juli. Von dem Deutschkatholischen Pfarrer Heribert Rau in Stuttgart ergeht an den Kölner Dombauverein und die dortige hohe Katholische Geistlichkeit ein Aufruf, den 14., 15. und 16. Aug., an welchem die 600jährige Jubelfeier der Grundsteinlegung des Doms stattfinden solle dadurch zu verherrlichen, daß nach einander, vielleicht an den verschiedenen welchem ein Römischkatholisches Hochamt, ein Protestantischer, ein Deutschkatholischer (freichristlicher) und ein Jüdischer Gottesdienst in den hohen und herlichen Hallen des Domes gehalten würde.

Hamburg, den 15. Juli. Gestern Nachmittags 2 Uhr ist General Wrangel mit dem Grafen Portales und seinem ganzen Stabe von Hadersleben gegen Kolding geritten, um eine halbe Meile von diesem Ort eine Zusammenkunft mit dem Dänischen General en Chef zum Zwecke des Abschlusses des Waffenstillstandes abzuhalten. In Hadersleben selbst hatte man keine große Zuversicht, daß der Abschluß zu Stande kommen werde, die dort anwesenden Preußischen Truppen hatten indessen Ordre, sich um 5 Uhr marschfertig zu halten.

Altona, den 15. Juli. Aus zuverlässiger Quelle sind wir in den Stand gesetzt, anzuzeigen, daß von Deutscher Seite die Räumung von Alsen und von Seiten der Dänen das Fortbestehen der provisorischen Regierung in unveränderter Weise als Bedingungen des Waffenstillstandes mit Dänemark aufgestellt sind.

Hannover, den 13. Juli. Die Hannoversche Regierung hat den Kriegsminister Prott und den Regierungsrath Hoppenstedt an den Erzherzog Johann abgesendet, um ihn als Reichsverweser zu begrüßen. Das Ministerium ist bekanntlich beauftragt, rücksichtlich der dem Erzherzog Johann „anzuvertrauenden" provisorischen Centralgewalt auf alle geeignete Weise dahin zu wirken, daß die Stellung des Reichsverwesers mit der Selbstständigkeit des Königreichs im Sinne des Regierungsschreibens vom 7. Juli vereinbar sei. Die HH. Hoppenstedt und Prott haben nun, so viel wir wissen, gerade den Auftrag, die Verhandlungen in dieser Beziehung zu führen. Aus dem bisherigen Wirkungskreise beider Männer würden sich die Hauptgegenstände der Verhandlungen schon vermuthen lassen, sie beziehen sich auf die Verfügung über das Heer und auf die Zollverhältnisse des Königreichs.

Wien, den 10. Juli. Wir sind in der gemüthlichsten Anarchie von der Welt. Wenn man Rundschau über unsere Lage hält, so verwundert man sich nur über das Eine, wie sich so total anarchische Zustände überhaupt so lange halten können. Der Kaiser in Innsbruck, unbekümmert darum, was aus seinem Staate wird; des Kaisers Stellvertreter in Frankfurt, um dort an der Spitze Deutschlands zu bleiben, kein Ministerium. — Dobblhof hat nicht einmal die Vollmacht, ein solches ohne Bestätigung des Erzherzogs zu bilden —, ein uneröffneter Reichstag: — das, denke ich, ist Anarchie genug. Ich kann Ihnen unsere Lage nicht besser schildern, als wenn ich Ihnen folgenden Bericht über die Verhandlungen unseres Sicherheits-Ausschusses vom 8. d. wörtlich aus der Zeitung abschreibe: „Dr. Schneider macht den Vorschlag, das unconsequente und schwache Ministerium abdanken zu machen, wogegen sich Professor Hoffer verwahrt. (Gelächter.) Einen ergötzlichen Entr'act bietet Dr. Standhartner's Vortrag über die Polizei-Maßregeln, welche Vater Brandis gegen die aus Italien nach Innsbruck zurückgekehrten Tyroler Studenten verhängt. Bei dieser Gelegenheit wird über Pillersdorff's Rücksichten gegen Brandis, den Jesuitenschirmer, viel gelacht. Die Versammlung setzt die Debatte übers Ministerium fort. Goldschmidt erkennt die Nothwendigkeit der Abdankung des Ministeriums, setzt aber die Schwierigkeit auseinander, neue Minister zu finden. Er erzählt, daß sich Pillersdorf erklärt hätte, ein Programm auf die Basis des 15. und 26. Mai zu veröffentlichen und die Gouverneurs in den Provinzen zurückzurufen. — Eckhart setzt die Sünde des Premiers ins klare Licht, erinnert den Ausschuß, wie Pillersdorff von Woche zu Woche freiheitsfeindliche Edicte erlassen und, darüber zur Rede gestellt, sie alle von dem famösen Preßgesetze vom 1. April bis auf die peinliche Reichstags-Geschäfts-Ordnung vom 24. Juni „„immer für Entwürfe"" erklärt. Nachdem Umlauft und Schtel noch auf viele schlimme Vorgänge des Ministeriums aufmerksam gemacht und namentlich an Pillersdorff's Candidaten-Rede erinnert, worin er nach einer langen Herzählung seiner bureaukratischen Verdienste im ancien régime, die Tory-Constitution vom 25. April als sein politisches Glaubensbekenntniß erklärt, wird der Beschluß: „„daß eine Deputation den Erzherzog Johann bitten soll, Dobblhof mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen, woran außer Wessenberg kein Mitglied des letzten Theil zu nehmen habe,"" zur Abstimmung gebracht. 156 Stimmen für und 5 gegen den Antrag. Nachdem man noch erwähnt, daß Stadion nicht zugezogen werde, begab sich die Deputation zum Erzherzog. Um 2½ Uhr wurde Dabblhof mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt." So stehen hier die Sachen! Der Ausschuß decretirt — und die Sache ist abgemacht. Ja noch mehr: Erzherzog Johann empfing die Deputation sehr zuvorkommend, freute sich, daß man sich so ohne Umschweife gegen ihn ausspreche, und fragte, wer ihnen als Minister genehm wäre. Man nannte Dobblhof, und Dobblhof war Minister. So ein Ministerwechsel ist für uns schon die größte Kleinigkeit von der Welt. Kommt nun ein schwaches Ministerium, so jagen wir es fort; kommt ein kräftiges, so bauen wir uns Barrikaden: so sind wir auf alle Fälle gesichert! Gegenwärtig geht der Ausschuß damit um, die Bildung des neuen Cabinettes zu überwachen, die Abberufung aller Provinzial-Gouverneurs durchzusetzen und die in der Umgegend von Wien aufgestellten Truppen, theils auf dem Papier, theils in Person zu inspiciren. Mit dem letzteren Punkte verhält es sich folgender Maßen: Der Ausschuß wendet sich wiederholt an das Kriegs-Ministerium mit der Forderung — dieses Wort ist hier sehr gebräuchlich geworden —, sich über die Zahl der um Wien stationirten Truppen, über die Bestimmung der durchmarschirenden u. dgl. auszuweisen. Die „Wiener Zeitung" enthält darauf eine amtliche Erklärung des Ministeriums, es habe versprochen, die Besatzung vor Wien nicht zu vermehren, man glaube ihm jedoch nicht, es versichere aber, daß die heranrückenden Truppen sämmtlich nach Italien bestimmt seien, übrigens würde dem Sicherheits-Ausschuß die Ankunft eines jeden Truppentheils pünktlich mitgetheilt. Der Ausschuß that aber noch mehr: er forderte schriftliche Ausweise, und nun prüft er diese, und schickt Emissäre in die Umgegend, um zu sehen, ob Alles sich wirklich so verhält, wie der Minister sagt. — Die Deputirten der deutschen National-Versammlung waren nicht wenig überrascht über unsere beneidenswerthe Lage: sie kommen zwar zum Theil auch aus anarchischen Territorien, aber so etwas, wie hier, hatten sie noch nie gesehen. Es kann nicht lange so gehen, und Dobblhof ist ganz der Mann, um dieser permanenten Revolution der wiener Gemüthlichkeit endlich einmal ein Ende zu machen. Ohnehin hat der Reichstag nur die Wahl, dem Sicherheits-Ausschuß blind zu gehorchen oder ihn zu beseitigen. Für Erzherzog Johann's Ruhm ist es unter diesen Umständen das Beste, daß er fort ist.

Wien, den 14. Juli. Der „Prager Ztg." entlehnen wir folgende Mittheilung über nachstehend genannte Männer, die einstweilen als Glieder des neuen Ministeriums bezeichnet werden: Dobblhof, provisorischer Ministerpräsident, zugleich auch Minister des Innern, der Einzige, welchen die öffentliche Meinung für würdig erachtete, von dem verrufenen alten Ministerium übrig zu bleiben. Er gilt für einen rechtlichen Mann, von wohlwollendem und gebildetem Geiste. Da er nicht alt ist, so wird er sich hoffentlich in die Anforderungen der neuen Zeit hineinfinden. — Wessenberg, Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Er ist ein hochbetagter Mann, aber er hat Proben eines selbstständigen Charakters abgelegt. Im J. 1816 machte er auf dem Deutschen Bundestage Opposition gegen den Fürsten von Metternich. Da er nicht im Stande war, mit seinen freimüthigen Ansichten durchzudringen, so verließ er den Oesterr. Staatsdienst und trat in Badische Dienste. Man rühmt den wohlthätigen Einfluß, welchen er auf die Entwickelung des Badischen Verfassungslebens genommen hatte. In den Jahren 1831 und 1832 tauchte er nochmals im Oesterr. Dienste auf; er war nämlich als Bevollmächtigter Oesterreichs bei der Schlichtung der Belgischen Losreißungsfrage in der Londoner Konferenz beschäftigt. Kurz nachher zog er sich wieder ins Privatleben zurück. Ein Gegner des Metternich'schen Treibens war er beständig, und das empfiehlt ihn wesentlich dem Vertrauen der Freunde des Fortschrittes. — Alexander Bach, ein junger, kenntnißreicher, sehr gewandter Mann, ist als ein bedeutendes, administratives Talent anerkannt. Vermöge seines Berufes als Advokat kennt er das Justizfach sehr genau, und ist daher zum Minister der Justiz wie gemacht. — Stametz-Mayer, Finanzminister. Dieser Mann ist als ein gründlicher Kenner des Finanzwesens und zugleich als ein freisinniger Kopf seit Langem her bekannt. Aber gleichwohl schien es uns unpassend, wenn das Fach eines Finanzministers einem Banquier, der sich zum größten Theil mit Papierspekulationen befaßt, anvertraut würde. — Hornbostel, Handels- und Industrieminister. Jedenfalls ein genauer Kenner des Faches, welches ihm anvertraut werden soll. Ein intelligenter Kopf, das tüchtigste Mitglied des hiesigen Gemeindeausschusses.

Prag, den 10. Juli. Die Wahlen für den Reichstag sind vollendet, Strobach, Rieger, Palacky, Borrosch zu Prags Deputirten ernannt. Charakteristisch ist es, daß sie alle gegen den Anschluß an Deutschland aufgetreten sind, daß sich also der Stand der Parteien auch durch unsere Pfingstwoche nicht verändert hat. (Const. Bl. a. Böhmen.)

† Triest, den 12. Juli. Unsere Blokade ist nun de facto aufgehoben, da Schiffe unter Oesterreichischer Flagge unbehindert ein- und auslaufen, obwohl eine ausdrückliche freisprechende Erklärung von Seiten des feindlichen Admirals bis jetzt nicht gegeben worden ist und diesem daher für alle Fälle noch die Möglichkeit bleibt, nach Belieben die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Für Nichtösterreichische Flagge hätte die Blokade erst mit dem 15. Juli eintreten sollen, ist also wie man gleich Anfangs voraussagte, gar nicht zu Wege gekommen. Wir hoffen, daß die nun schon seit Monaten anhaltende Lähmung des hiesigen Verkehrs baldigst nachlassen und einer freudigern Regsamkeit Platz machen werde. Aussichten hierzu eröffnen sich bei der allmähligen Wiederkehr eines geordneten Zustandes in Deutschland, wie sie in der glücklich zu Stande gebrachten Wahl einer Centralgewalt uns garantirt zu sein scheint. Denn mehr als je vorher gravitirt jetzt unser hiesiges Leben gegen Deutschland als seinen Schwerpunkt. Die Kopfzahl der deutschen Bevölkerung tritt nämlich gegen die nichtdeutschen, italienischen, slavonischen und andern Elemente sehr zurück; doch findet sich einestheis das größte Capital von Intelligenz bei den Deutschen, andererseits ist das materielle Interesse Aller an den Verband mit Deutschland geknüpft und zwar jetzt mehr noch als vormals, da inzwischen gegen das zunächst benachbarte Italien eine größere Entfremdung eingetreten ist. Was aber auch das Motiv unserer Anhänglichkeit an Deutschland sein mag, gleichviel unsere handgreiflichen Beweggründe werden sich auch fortan wie sie es bisher schon gethan haben, nicht minder fest und ausdauernd erweisen als die Sympathien, durch die andere Glieder des Bundes an diesen gekettet werden. Der Protest unsrer Deputation in Frankfurt gegen die absolut bindende Gewalt der dort zu fassenden Beschlüsse darf uns nicht eben choquiren. Es war das die letzte Manifestation der von Oesterreich im Allgemeinen gegen Deutschland behaupteten Sonderstellung, einer Stellung, welche an der hiesigen äußersten Ecke des deutschen Reiches inmitten einer dem deutschen Idiom meist fremd gebliebenen Bevölkerung desto schroffer sich zuspitzen mußte. Aber die Noth brachte noch zur rechten Zeit die Erkenntniß, von wannen her unsere Stadt für ihre Hauptinteressen Schutz und Förderung zu erwarten habe. Bekanntlich verwahrten sich unsere Abgeordneten v. Bruck und Burger gegen die Beschlüsse der Versammlung, in sofern etwa dadurch für die Oesterreichische Verfassung (vom 25. April) oder die Privilegien von Triest eine Verletzung zu befürchten wäre. Dieselben Herren hatten aber bald darauf, kaum einen Monat später, Gelegenheit, deutsche Bundeshülfe für die von Sardinischer Streitmacht bedrohte Stadt in Anspruch zu nehmen. Die Unterstützung ward ihnen in Form einer energischen Androhung gegen Sardinien gewährt und wir dürfen das resultatlose Abziehen der feindlichen Flotte eben als Frucht dieses Einschreitens betrachten.

Krakau, den 15. Juli. Aus Warschau schreibt man: Die Familien des Fürsten Lubowidzki und des Grafen Lubienski sind unter strenge Aufsicht gestellt worden. Niemanden steht es frei, in ihren Häusern ein- und auszugehen. Die Russische Verschwörung hat sich sogar bis nach Polen erstreckt. Viele der angesehensten Polnischen Familien sind tief nach Rußland hinein abgeführt worden, andere haben strengen Hausarrest. Sogar die treuesten Diener des Kaisers haben sich dieser Verschwörung angeschlossen.

Ausland.

Frankreich.

Paris den 13. Juli. Eine telegraphische Depesche zeigt der Exekutiv-Gewalt aus Rom vom 7. Juli an, daß der Papst Pius IX. die Französische Republik feierlich anerkannt habe.

Vorgestern hielt der neue provisorische Gemeinde-Rath von Paris im großen Stadthaussaale seine erste Sitzung. Nach Konstituirung seines Büreau's und seiner Sectionen legte Armand Marrast sämmtliche Aktenstücke seiner Verwaltung seit der Februar-Revolution vor.

Nach Inhalt des der National-Versammlung vorgelegten Dekret-Entwurfs bezüglich der Klubs soll über die Verhandlungen jeder Sitzung von dem Präsidenten und den Secretairen ein Protokoll aufgenommen werden. Kein Klub darf sich in ein geheimes Comité umwandeln, und kein Vorschlag darf gemacht werden, welcher zu Ruhestörungen oder zum Bürgerkriege aufzureizen bezweckt. Jede Uebertretung der Vorschriften des Dekret-Entwurfs wird mit Geldstrafen von 100 bis 500 Fr. und, wenn es nöthig erscheint, mit Entziehung der bürgerlichen Rechte für 1 bis 3 Jahre bestraft. Wer bewaffnet in einem Klub erscheint, erleidet drei- bis sechsmonatliches Gefängniß und verliert auf 3 bis 10 Jahre die bürgerlichen Rechte. Die Gerichte können die Schließung eines Klubs befehlen, sobald er überwiesen ist, gegen die Bestimmungen des Dekret-Entwurfs sich vergangen zu haben. Versammelt sich der Klub trotz des Auflösungs-Befehles, so unterliegt jedes betheiligte Mitglied einer Gefängnißstrafe von 6 bis 12 Monaten und dem Verluste der bürgerlichen Rechte für 5 bis 10 Jahre.

Die gerichtliche Untersuchung der Juni-Ereignisse schreitet jetzt mit Schnelligkeit vorwärts. Von den Untersuchungs-Richtern sind schon 3000 Angeklagte vernommen und 168, als nicht beschwert, wieder in Freiheit gesetzt worden. Die beschlossene Deportation der Juni-Insurgenten bildet jetzt eine der größten Verlegenheiten der Regierung. Da Algerien von den überseeischen Französischen Besitzungen ausgenommen wurde, so weiß man noch nicht, welches die Kolonie ist, wohin die Deportation mit der möglichsten Ersparung und mit dem größten Vortheile für die Verurtheilten und für den Staat gerichtet werden soll.

Ueber das Komplott, dessen Entdeckung die Leichenbegleitung am 6. Juli nur bis zur Madeleine rathsam machte, werden jetzt folgende nähere Umstände berichtet: „Zwei Höllenmaschinen sollten den Besiegten als Rachewerkzeuge dienen. Sie waren im Innern zweier Fortepiano's angebracht, und die Polizei kennt die Häuser, von wo aus die Todeswerkzeuge beim Vorüberschreiten des Zuges ihre Ladungen entsenden sollten. Um den Verruchten, welche den hinterlistigen Mordplan ersannen, Zeit zu lassen, genau zu zielen und insbesondere Cavaignac, auf den es vornehmlich abgesehen war, sicher zu treffen, sollte eine anscheinend aus Weibern in Trauerkleidung, zum Theile aber aus verkleideten Männern, mit Pistolen und Dolchen unter den Kleidern bestehende Gruppe dem Zuge entgegen treten. Natürlich hätte der Zug bei diesem Anblicke Halt gemacht; dann sollten die Maschinen ihre Ladungen abfeuern und die verkleideten Insurgenten zugleich durch Pistolenschüsse und Dolchstiche das Blutbad vergrößern."

Das Finanz-Comité beschäftigte sich vorgestern mit dem Vorschlage J. Favre's, daß die National-Versammlung alle Mobiliar- und Immobiliar-Güter, welche die Privat-Domainen Ludwig Philipp's bildeten, als den Staats-Domainen anheimgefallen erklären und die Prinzen des Hauses Orleans, welche Immobilien auf Französischem Gebiete besitzen, zwingen solle, dieselben innerhalb sechs Monaten zu verkaufen. Das Comité beschloß, über diesen Vorschlag erst dann, wenn die Regierung ihr Gutachten darüber abgegeben habe, einen bestimmten Beschluß zu fassen.

In den Gemeinden um Paris ist strenger Befehl zur Verhaftung aller Fremden ertheilt worden, die sich nicht gehörig ausweisen können. Wo eine Eisenbahn-Station ist, wird die Ueberwachung besonders strenge gehandhabt. Die Nordbahn hat 1100 der 1300 Arbeiter entlassen, welche sie in den Werkstellen zu La Chapelle beschäftigte. Angeblich sollen dieselben sich bei dem Aufstande mehr oder minder kompromittirt haben.

Auf Befehl Cavaignac's sollen Bildsäulen der in den Juni-Kämpfen gefallenen Generale im Museum zu Versailles aufgestellt werden.

Paris, den 14. Juli. Galignani's Messenger meldet unter seinen neuesten Nachrichten: „Obgleich sich nichts gezeigt hat, was auf die Absicht schließen ließe, die Vorhersagungen einiger Anarchisten zu verwirklichen, hat die Regierung doch weislich ihre Vorsichtsmaßregeln für den heutigen Tag getroffen, welche die Freunde der Ordnung beruhigen und zugleich ihren Feinden beweisen werden, daß eine neue Erhebung gänzlich scheitern würde. Das Stadthaus ist auf allen Seiten von Truppen beschützt, und auf dem Baudoyer-Platz ist Artillerie aufgefahren. Die Tuilerieen haben zu ihrer gewöhnlichen Wache noch eine Verstärkung durch ein Linien-Regiment, vier Kanonen und zwei Bataillone National-Garde erhalten. Aehnliche Vorkehrungen sind auf anderen Punkten getroffen, und die Truppen stehen in den Kasernen auf jeden Wink bereit."

— Der „Courrier français" und das „Journal des Débats" melden, daß allerlei Gerüchte in der National-Versammlung im Umlaufe waren vom Ausbruche neuer Komplotte, allein dieselben sind für übertrieben befunden worden. Der „Constitutionnel" enthält einen langen Leit-Artikel, welcher augenscheinlich darauf berechnet ist, der National-Versammlung und dem Publikum Todesschrecken einzujagen über die Plane der Insurgenten. Was die Einbildungskraft nur Gräuliches aufhäufen kann, ist in diesem Artikel enthalten. Die Insurgenten wollen Paris in die Luft sprengen, sie wollen aus allen Schulen die Zöglinge als Geißel wegführen, sie wollen gegen die National-Versammlung ziehen, sie wollen jedes Mitglied derselben einzeln in seiner Wohnung ermorden. Nachdem aber Hr. Thiers seiner bekannten Furchtsamkeit freien Lauf gelassen, schließt er mit dem Rathe strenger Maßregeln, und erwartet von der Polizei Ergebenheit und Fähigkeit. Es liegt auf der Hand, daß diese Besorgnisse übertrieben sind. Die Plane der Insurgenten, wenn sie sich noch mächtig fühlten, solche auszuführen, würden gewiß ein Geheimniß für jeden Anderen als ihre Führer bleiben. — Die „Reforme" giebt auf die oben erwähnten Gerüchte eines neuen Ausbruches hin sehr guten Rath an die arbeitende Klasse, sagt aber in Bezug auf die letzten Ereignisse: „Warum haben wir die uns zulächelnde starke Freiheit vom Februar eingebüßt? Warum sind wir abermals einer drückenden, fieberhaften Sklaverei verfallen? Warum haben wir zwei ewig beklagenswerthe Krisen gehabt? Weil die Gegen-Revolution hinter jenen tragischen Thorheiten zweimal nach unseren Freiheiten schlug.... Wer würde aber bei neuen Kreisen gewinnen? Diejenigen, welche darauf lauern, um sie zum Vortheile alter Einrichtungen und gefallener Privilegien zu benutzen."

— Lamartine sollte, einem Englischen Blatt zufolge, einen Paß nach England begehrt, aber nicht erhalten haben; dagegen sollte ihm und seiner Gattin ein Paß nach Marseille, um von dort nach dem Orient zu reisen, bewilligt worden sein. Das Bien Public aber erklärt dies ganze Gerücht für eine Fabel. In Bezug auf Anschuldigungen, welche gegen Lamartine in Betreff seines Verhältnisses zu Ledru Rollin erhoben worden, bemerkt dasselbe Blatt: „Es würde für Herrn von Lamartine nicht schwer gewesen sein, zu warten bis seine Popularität ihm dauernde Gewalt verschafft hätte. Aber er hat andere als ehrgeizige Gesinnungen. Er ist so sehr Patriot gewesen, daß er sich selbst aufopferte, daß er lieber seinen eigenen Namen, wie er einmal auf der Tribüne sagte, zu Staub zermalmen lassen wollte, um nur die National-Versammlung zu schützen. Dieser war sein eigentliches Verbrechen. Die Geschichte wird es ihm vergeben."

— Louis Lucian Bonaparte ist nach Corsica abgereist, um sich den dortigen Wählern als Candidat anzubieten, da sein Vetter Ludwig Napoleon Bonaparte die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hat.

— In einer Brochüre „Die Junitage vor und hinter den Barrikaden" wird der Bestand der Insurgenten etwas genauer als bisher berechnet. Von den Nationalwerkstätten nahmen 20,000 Arbeiter Theil; die oft erwähnte verabschiedete Garde Sobrier's aus dem Kern der Bergpartei bestehend, betrug 700. Dazu kamen 5000 Unruhestifter von Profession, denen alle Exzesse dieses furchtbaren Kampfes zuzuschreiben sind, und endlich 12,000 Arbeiter der Faubourgs, die zum Theil zu der von Barbès commandirten 12. Legion der Nationalgarde gehörten. Diese Letztern waren es, welche als erste Bedingung zur Einstellung der Feindseligkeiten die Loslassung der Gefangenen in Vincennes zu wiederholten Malen verlangten. Im Ganzen wäre die Zahl der Kämpfer demnach ungefähr 38,000 gewesen.

— Herr Drouyn de Lhuys, Präsident des Fach-Comité's für die auswärtigen Angelegenheiten, hat vor einigen Tagen in diesem Comité den Bericht über die Angelegenheiten am La Plata, mit welchem er beauftragt war, verlesen. Nachdem Herr Drouyn de Lhuys darin eine Darstellung der Politik gegeben, welche von Frankreich seit 1840 am La Plata befolgt worden war, empfiehlt er der jetzigen Regierung den Zweck, welchen sie jetzt zu erreichen beabsichtige, endlich klar zu bestimmen und zur Ausführung die Mittel ihrer Diplomatie zu verwenden. Dieser Zweck müsse die Erhaltung der Unabhängigkeit von Montevideo und die wirksame Beschützung der französischen Interessen sein. Eine vollständige Unthätigkeit und eine gänzliche Neutralität wären, nach ihm, für diese Interessen weniger verderblich gewesen, als die Hinterlist und der Wechsel, welche die verschiedenen Phasen dieser endlosen Unterhaltung bezeichnet hätten. Herr Drouyn de Lhuys würdigt dann das Benehmen der in den letzten Jahren nach dem La Plata geschickten Agenten und läßt dem Geiste der Festigkeit und der Geschicklichkeit des Herrn Walewski Gerechtigkeit widerfahren, indem derselbe es über sich genommen habe, die Blokade aufrecht zu erhalten, und zu Montevideo geblieben wäre, nachdem der englische Gesandte, Lord Howden, dasselbe bereits verlassen habe. Dieser Bericht des Herrn Drouyn de Lhuys wurde, nach einigen Bemerkungen im Einzelnen von Seiten der Herren Durrieu und Heekeren, einstimmig angenommen. Er wird nächstens der National-Versammlung vorgelegt werden.

— Vorgestern ist in den Werkstätten die Anzeige gemacht worden, daß künftighin wieder täglich zwölf statt zehn Stunden gearbeitet werde. Die Arbeiter wollen sich dieser Vorschrift nicht fügen und feiern jetzt.

— Chateaubriand hat in seinem Testament eine Kommission ernannt, welche die Herausgabe seiner Denkwürdigkeiten, deren Verlagsrecht er schon im Jahre 1830 an eine Aktien-Gesellschaft verkaufte, überwachen soll.

Lyon, den 7. Juli. Von allen Seiten wurden in den letzten Tagen wieder Truppen hierhergezogen. Die Alpen-Armee lieferte namentlich ein sehr starkes Kontingent. Telegraphische Meldungen aus Paris forderten die Civil- und Militair-Behörden zu starker Wachsamkeit und energischen Maßregeln auf, da die Regierung einem ausgedehnten Komplotte auf der Spur sei. Croix-Rousse, dieser ewige Heerd von Emeuten, ward gestern von imposanten militairschen Streitkräften umzingelt, indessen wurde die Ruhe nirgends gestört. Ganz Lyon gleicht einem Militair-Lager. In allen Städten des Südens läßt die Regierung die Besatzungen verstärken; die Alpen-Armee wird in diesem Augenblicke blos für den Dienst im Innern verwendet und kann eigentlich gar nicht als Beobachtungs-

(Mit einer Beilage)

Korps für die Grenze betrachtet werden. Frankreich wäre in Verlegenheit, wenn es heute oder morgen von Italien um bewaffnetes Einschreiten gebeten würde. Alle Berichte, welche uns aus diesem Lande zukommen, sprechen von nicht unbedeutenden Siegen der Oesterreicher. Wie es scheint, verliert Piemont allmälig die Früchte seiner ersten Siege, und kömmt ihm die Französische Armee nicht bald zu Hülfe, so wird seine Lage eine trostlose. Diesen Morgen haben wir einen neuen Präfekten erhalten, den vierten seit der Februar-Revolution. Die Verwaltung leidet durch diesen häufigen Wechsel gewaltig. Man spricht noch immer von einer vollständigen Entwaffnung der National-Garde und einer gänzlichen Reorganisation derselben. Alle Weisungen aus Paris zeigen klar, daß wir jetzt von Generalen regiert werden.

Großbritannien.

London, 11. Juli. Die Königin und Prinz Albert besuchten am 10. Juli Macready's Benefizvorstellung im Drurylanetheater im Staatsaufzuge, geleitet von einer Abtheilung der berittenen Leibgarde. Es ist dies eine Auszeichnung, die noch keinem Schauspieler bei seinem Benefiz widerfahren ist. Die gestern erwähnte, zum 25. Juli bestimmte Ausflucht der Königin zur See wird sich nur auf den Kanal und die Kanalinseln erstrecken.

— Die Engländer sind froh, daß die Ordnung in Frankreich wieder hergestellt ist und die Staatspapiere in die Höhe gehen. Ueber die Weise, wie diese Ordnung jetzt in Paris behauptet wird, sind sie selbstsüchtig genug sich weniger zu kümmern. Die einzige Ordnung, deren die Franzosen fähig sind, ist ihrer Meinung nach die militärische. Sie erinnern an die Prophezeiung eines Französischen Staatsmannes, daß in Algier die künftigen Herrscher Frankreichs regieren lernten. Die Beschränkung der edelsten kaum errungenen Freiheiten ist gewiß selbst dann aufs tiefste zu beklagen, wenn die zur Behauptung der Ordnung zeitweilig nöthig sein sollte, und wenigstens die Beschränkungen der Presse erregen den Tadel der Engländer. Sie prophezeien, daß Cavaignac es früher oder später bereuen werde, mit einem Sporen solche Löcher in die großen Bogen der Presse gerissen zu haben, wie ein größerer Mann als Cavaignac, der Herzog v. Wellington, 1829 erfahren habe. Er möge sich ein Beispiel nehmen an Hrn. v. Chateaubriand, der seine allgemeine Achtung vorzüglich dem Umstande verdanke, daß er der freien Aeußerung der Gedanken stets das Wort geredet, dem göttlichen Rechte der Vernunft treu geblieben sei. Chateaubriand sagte einmal: „Mir ist die Presse wie eine Kirche!"

— Lord Palmerston hat auf eine Anfrage von Lloyds erklären lassen, der in Malmöe von Deutschen und Dänischen Bevollmächtigten geschlossene Waffenstillstand sei von der Preußischen Regierung genehmigt und General Wrangel Befehl geschickt, danach zu verfahren. Es sei auch Grund da, zu hoffen, daß die Anordnungen, welche Preußen im Namen des Deutschen Bundes getroffen, von der Frankfurter Versammlung anerkannt werden würden.

— Man machte es bisher der Königin zum Vorwurfe, daß sie für Italienische Musik begeistert sei, aber sich nicht kümmere um das Englische Drama. Jetzt kommt sie auch hierin dem Englischen Volkswunsche nach und war schon mehrmals im Theater; Punch fand es sehr passend, daß an dem Abende, wo sie zum ersten Male im Haymarket erschien, das Stück: „das Wunder", gegeben wurde!

— Sir Robert Peel gab gestern eine große, glänzende Gesellschaft, namentlich für Fremde, um die Gemälde zu sehen, wie die Einladung bemerkte. Peel ist ein großer Liebhaber und Beförderer der Künste, und seine Gemälde-Sammlung, namentlich reich an Werken neuerer Meister, ist berühmt. Unter den Gästen bemerkte man Hrn. Guizot, die Fürstin Lieven, Herrn Dumas, alle Gesandten u. s. w.

— Ein Ausschuß untersucht jetzt möglichst genau die Wirkungen, welche die fortwährende Blokade der Afrikanischen Küste auf den Sklavenhandel ausübt. Es ergiebt sich, daß dieser schändliche Handel durch jene Blokade nicht nur nicht vermindert, sondern dessen Gräuel dadurch noch erhöht sind. Die Neger werden auf eine wahrhaft scheußliche Weise verpackt, um von den Englischen Kreuzern nicht bemerkt zu werden. Einmal ward ein wahres Insekt von Fahrzeug angehalten, das unter seinem kleinen Verdecke kaum Raum genug zu enthalten schien, um den Steuermann zu beherbergen. Nichts desto weniger ward es untersucht; es war der „Grande Pader de Dios" von nur 7 Tonnen, und doch fanden sich unter dem Decke, lebend oder todt, 37 Sklaven! Es ist wahrscheinlich, daß England zuletzt doch die Blokade aufgeben wird, da die meisten Zeugen der Meinung sind, daß der Sklavenhandel dadurch nicht vertilgt, sondern nur ungestörter und mit weniger Drangsalen für die Neger werde betrieben werden. (Köl. Z.)

— Die Deutschen Schiffe, welche des Dänischen Krieges wegen in Cowes lagen, haben vom Preußischen General-Konsul, Herrn Hebeler, die amtliche Anzeige erhalten, daß sie ungehindert nach ihrem Bestimmungs-Orte absegeln könnten.

— Graf Dietrichstein ist, wie der „Globe" meldet, im Begriff, seine Stelle als Gesandter beim Britischen Hofe aufzugeben (relinquish). Französischer Geschäftsträger ist Herr Lenny, vormals Marquis und Pair und Französicher Gesandter in Hamburg. Die Gesandtschaft ist so klein und sparsam wie möglich eingerichtet und bildet einen sonderbaren Gegensatz zu dem großen Hotel auf Manchester Square, in dem sie noch immer ihren Sitz hat.

— Das Dampfschiff „Amerika" ist gestern mit neueren Nachrichten aus den Vereinigten Staaten in Liverpool angekommen. Es hat Boston am 28. v. M. Nachmittags verlassen, also eine ungewöhnlich kurze Ueberfahrt gehabt. Die Whigs sind durch die Vorwahl des Generals Taylor zum Präsidenten gespalten. Henry Clay, der die Nachricht von dieser Wahl bei Tisch unter Freunden empfing, war so entrüstet über die Undankbarkeit und Charakterlosigkeit seiner Partei, daß er unter lauten Verwünschungen von der Tafel aufstand, in den Wagen stieg und nach Hause fuhr. Der Senat beschäftigt sich mit Maßregeln zum besseren Schutze des Oregon-Gebietes gegen die Indianer. Die Sklavenfrage wird bei dieser Gelegenheit wieder zur Sprache kommen und rückt überhaupt in den Vereinigten Staaten einer Entscheidung näher. — Der Handel ist flau. In Yukatan sieht es schrecklich aus; die ganze Küste von Cilan bis Cap Catoche ist jetzt in den Händen der Indianer. Mehr als hunderttausend Menschen sind in der Hauptstadt von Yukatan zusammengedrängt und haben, wenn sie den angreifenden Indianern unterliegen, das Schlimmste zu erwarten. Von Hayti flüchten alle Farbigen.

— Vom Cap laufen gute Nachrichten ein; die Niederlassungen gedeihen unter der umsichtigen Leitung des Statthalters, welcher eben nach der Küste Natal gereist, wo neulich auch 190 Deutsche Ansiedler ankamen.

Rußland.

Petersburg, den 5. Juli. Die Cholera, nun zwei Wochen in hiesiger Stadt, hat jetzt ihren Culminationspunkt hier erreicht und wird sich wohl noch unverändert einige Wochen auf diesem erhalten. Von den täglich Erkrankenden starben in der Regel zwei Drittheile. Die unteren Volksklassen in Folge diäteiischer Unvorsichtigkeiten, Erkältung und anderer Fehler erliegen ihr freilich am stärksten; aber auch schon in den höheren Kreisen hat sie mehre Opfer gefunden. So starb vor einigen Tagen in Peterhof der Sekretair der Kaiserin, der Geheimerath Chambeau, welcher mit derselben 1817 hier ins Land gekommen und bis an seinen jetzt erfolgten Tod ununterbrochen ihrer Person attachirt gewesen ist; nächstdem noch mancher ausgezeichnete Mann. Die große nordische Kaiserstadt bietet in diesen trauervollen Tagen der kargen in ihr noch weilenden Bevölkerung ein überaus düsteres Gemälde dar, das nur dem des Jahres 1831 gleichkommt: die im Sommer ohnehin verödeten Straßen, die Menge der Leichenprozessionen, denen man überall begegnet, verscheuchen jede aufkeimende heitere Stimmung.

— Den Juden in Rußland gestattet die Regierung wieder allmälige Erweiterungen in Gewerb- und Industriebetrieben, deren Ausübung sie ihnen bis dahin verweigerte. So autorisirt ein in diesen Tagen erlassener Ukas die im transkaukasischen Landstrich angesiedelten Juden, sich bei den dort statthabenden Torgen und Versteigerungen gleich den Eingeborenen zu betheiligen, wofür sie gemeindenweise die Garantie zu übernehmen haben.

— Da der Kaiser aus den Berichten des Inspektionsdepartements über die Civilbeamten wahrgenommen, daß aus mehren Behörden Beamte wegen offenbarer Dienstvernachlässigung verabschiedet werden, so hat er befohlen, es dabei nicht bewenden zu lassen, sondern fahrlässige Staatsdiener nach Vorschrift der Gesetze gerichtlicher Untersuchung zur strengen Ahndung zu übergeben.

— Ein sehr ausführlicher Artikel der „Deutsch. Ztg." über Rußlands Heer, Flotte und Finanzen sucht nachzuweisen, daß, wenn schon die Russische Landarmee einen geringern Rang unter den Europäischen Heeren verdiene, als man ihr angewiesen, sich vollends die Flotte wirklich nur in einem glänzenden Elend befinde. Sie sei eigentlich nur ein Spielzeug für den Kaiser, darum von außen bunt und herrlich anzuschauen, und mache die Parademaneuvres, zur größten Freude des Monarchen, mit außerordentlicher Präcision. Werfe man einen Blick auf die Finanzen Rußlands, so finde man auch diese, trotz des Eclats, mit welchem die Goldbarren in Petersburg aus einem Keller in den andern gebracht werden, in einem sehr bedenklichen Zustande. Rußlands Schuldenlast sei im Verhältniß zu feinen Mitteln ungeheuer, die Ausgaben aber, ungeachtet alle Diener des Staats schlecht besoldet sind, doch bei dem herrschenden Bestechungs- und Diebssystem enorm, und der Credit des Staats sei vollkommen vernichtet.

Petersburg, den 11. Juli. Se. Majestät der Kaiser hat für die durch die Cholera verwaisten Familien und Personen ein Comité unter dem Vorsitze des General-Kriegs-Gouverneurs von St. Petersburg eingesetzt, das beauftragt ist, Individuen, die durch die Epidemie ihrer natürlichen Stützen beraubt sind, aufzusuchen und zu unterstützen. Dieses Comité hat am 6. Juli seine Wirksamkeit begonnen.

— Zum 8. Juli waren in St. Petersburg 3790 Cholerakranke in Behandlung verblieben; im Verlaufe dieses Tages kamen hinzu 853, es genasen 127 und starben 574 (darunter in den Wohnungen 328). Zum 9ten verblieben in Brhandlung 3897 Kranke.

— Am 7. Juli verstarb hier der Arzt des Hof-Hospitals, Wirkliche Staatsrath Ch. Witt.

— In Moskau hat die Epidemie nach dem 19. Juni den höchsten Grad ihrer Intensität erreicht und sich in der ganzen Woche in bedeutender Höhe erhalten, während jedoch die Zahl der Erkrankungen allmälig abnahm. Vom 20. bis 26. Juni starben 970 Personen.

Moldau und Wallachei.

Bucharest, den 27. Juni. (A. Z.) Die provisorische Regierung (der Metropolit ist bloßer Figurant) hat den Französischen, Oesterreichischen und Preußischen Konsulaten eine Note überreicht, deren Inhalt dahin geht, die Intervention jener Mächte anzusprechen, falls der vom abgetretenen Fürsten beschworenen Constitution von irgend einer Seite feindlich entgegengetreten werden sollte. Der frühere Polizei-Direktor Mano ist in Giurgewo an der Donau aufgegriffen und festgesetzt worden, jedoch von hier aus der Befehl ergangen, ihn wieder auf freien Fuß zu stellen. Bis zur Stunde herrscht hier die beste Ordnung,

wenn nur einige engherzige Bojaren durch Verweigerung der den Bauern durch die Constitution auf ihren Gütern zugesicherten Gerechtsame keine Anarchie herbeiführen. Es ist zu erwarten, daß der ohnedies gereizte Bauer, der durch die ungerechte Behandlungsart bei der Robot schon längst nichts Gutes mehr im Schild führt, dann fürchterlich hausen würde.

Amerika.

— Das „Journal des Débats" hat sehr bedauerliche Nachrichten aus Hayti erhalten. Die Vertilgung der Mulatten ist mehr als je an der Tagesordnung. In den letzten Tagen des Mai war Präsident Soulougue im Süden, wohin er nach seiner Aeußerung sich bloß begab, um das Blutvergießen zu hemmen. Dennoch hörten an mehreren Orten, wohin er cam, die Hinrichtungen nicht auf; zu Aequin z. B. wurden die von den Schwarzen eingekerkert gehaltenen Mulatten ohne gerichtliches Urtheil erschossen. Fast immer verfährt man bei diesen Metzeleien mit raffinirtester Grausamkeit. Zu Aux Cayes wurde ein reicher Kaufmann, Mulatte und gleich allen seiner Farbe geächtet, in seinem Verstecke aufgefunden und durch 24 nach einander abgefeuerte Flintenschüsse getödtet. Zu Port-au-Prince scheint die Ruhe hergestellt; man traut aber noch keineswegs. Schon geben sich beunruhigende Anzeichen kund und lassen neue Gewaltthätigkeiten befürchten. Schwarze der unteren Classen, aber durch die Heftigkeit ihres Charakters und durch ihre Verbindungen mit den „Zaubereien" des Landes für jetzt im Uebergewicht, bereiteten eine Adresse an den Präsidenten vor, worin sie verlangen, daß er bei seiner Rückkehr ein allgemeines Verbannungsdekret gegen die Mulatten erlasse, nach welchem sie binnen 4 Monaten das Land zu verlassen hätten, alle ihre Ländereien aber unter die Schwarzen so zu vertheilen wären, daß jede Familie fünf Morgen erhielte.

Markt-Bericht. Posen, den 19. Juli.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 10 Sgr., auch 1 Rthlr. 18 Sgr. 11 Pf.; Roggen 24 Sgr. 5 Pf., auch 28 Sgr. 5 Pf.; Gerste 15 Sgr. 7 Pf., auch 20 Sgr.; Hafer 17 Sgr. 9 Pf., auch 20 Sgr.; Buchweizen 20 Sgr. auch 22 Sgr. 3 Pf.; Erbsen 24 Sgr. 5 Pf., auch 26 Sgr. 8 Pf.; Kartoffeln 11 Sgr. 7 Pf., auch 14 Sgr. 3 Pf.; der Ctn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock zu 1200 Pfund 4 Rthlr., auch 4 Rthlr. 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfund 1 Rthlr 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berlin, den 17. Juli.

An der heutigen Kornbörse waren die Preise von Weizen nach Qual. 45—49 Rthlr., Roggen nach Qual. 23—26 Rthlr., do. pr. Herbst 25 Rthlr. bezahlt, Gerste in loco nach Qual. 23—24 Rthlr., Hafer in loco nach Qual. 16—18 Rthlr.; Rüböl in loco $10\frac{1}{4}$ Rthlr. B., dto. pr. Herbst $10\frac{2}{3}$ Rthlr. bezahlt; Spiritus in loco 17 Rthlr. bez., dto. pr. Herbst $16\frac{1}{2}$ Rtlr. Br. — Roggen auf Herbst war gefragt, und 1 Rthlr. höher als vorige Post. Spiritus, ungeachtet der voraussichtlichen Steuererhöhung, dennoch matter. Rüböl preishaltend.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Am 27. d. M. werden 38 Centner alte, außer Gebrauch gesetzte Drucksachen auf Schreib-Papier, größtentheils in Median- und Royalformat bestehend, und andere Dienstpapiere, worunter sich auch 11 Ctn. 49 Pfd. Akten zum Einstampfen für eine Papierfabrik, $\frac{3}{4}$ Ctr. Akten- und Pappdeckel für Buchbinder geeignet, $\frac{3}{4}$ Ctr. alte Zeitungen und Intelligenz-Blätter zum Gebrauch für Tapeziere, die Rang- und Quartier-Listen für $183\frac{7}{9}$ und das Handbuch für Hof und Staat für $18?\frac{5}{6}$ und $183\frac{8}{9}$ befinden, im Ganzen oder in kleineren Theilen, im Direktorats-Gebäude (Breslauer-Straße No. 39) um 9 Uhr Vormittags an den Meistbietenden verkauft werden.

Posen, den 15. Juli 1848.

Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Bekanntmachung.

Dem Amtmann Thomas Sicinski sind angeblich am 6. Januar 1847 in der Stadt Konin im Königreiche Polen die Großherzoglich Posensche $4\frac{0}{0}$ Pfandbriefe

No. $\frac{53}{7035}$ Niemierzewo Kr. Birnbaum 25 Thlr.
No. $\frac{128}{2962}$ Grodzisko Kr. Pleschen 25 Thlr.

nebst den dazu gehörigen Zinscoupons von Weihnachten 1847 ab, gewaltsamerweise entwendet worden, und da dieselben bis jetzt nicht entdeckt werden konnten, so hat derselbe auf deren Amortisation angetragen.

Indem wir das Publikum, der Vorschrift der Allgemeinen Gerichts-Ordnung §. 125. Tit. 51. Thl. I. gemäß hievon brnachrichtigen, fordern wir zugleich die etwanigen Inhaber der erwähnten Pfandbriefe auf, sich bei uns zu melden, und ihre Eigenthumsrechte nachzuweisen. Sollte eine solche Meldung bis zum Ablaufe der gesetzlichen Frist d. i. bis zum Weihnachtstermin 1850 nicht eingehen, so haben die Inhaber zu gewärtigen, daß sodann das weitere Verfahren wegen Amortisation der aufgerufenen Pfandbriefe eingeleitet werden wird.

Posen, den 27. Juni 1848.

General-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.

Dienstag den 25. Juli c. Vormittags 10 Uhr sollen im Magazin No. 1. hierselbst eine Quantität Roggenkleie, Roggen- und Hafer-Fegekaff, Fußmehl 2c. gegen gleich baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Posen, den 18. Juli 1848.

Königl. Proviant-Amt.

Thermometer- und Barometerstand so wie Windrichtung zu Posen, vom 9. bis 15. Juli 1848.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometer-Stand.	Wind.
9. Juli	+ 14,1°	+ 19,3°	28 Z. 1,2 L.	W. halbheit
10. "	+ 13,8°	+ 17,9°	28 " 0,3 "	N. halbheit.
11. "	+ 11,5°	+ 18,8°	28 " 2,8 "	N. halbheit.
12. "	+ 11,6°	+ 19,5°	28 " 3,6 "	N. halbheit.
13. "	+ 12,5°	+ 20,3°	28 " 4,1 "	N. heiter.
14. "	+ 14,7°	+ 22,1°	28 " 3,7 "	N. heiter.
15. "	+ 13,5°	+ 18,11°	28 " 0 6 "	NNW. halb heiter.

Berliner Börse.

Den 17. Juli 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	74	$73\frac{1}{2}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$88\frac{1}{2}$	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	$93\frac{1}{4}$
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	70
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	77	$76\frac{1}{2}$
Grossh. Posener "	4	—	$90\frac{3}{4}$
" "	$3\frac{1}{2}$	$77\frac{3}{4}$	—
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	$82\frac{1}{4}$
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	—	$93\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	—	$93\frac{1}{4}$
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	85
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{3}{4}$	$12\frac{1}{4}$
Disconto	—	$4\frac{1}{2}$	$3\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	—	87	86
" Prioritäts-	4	$81\frac{3}{4}$	$81\frac{1}{4}$
Berlin-Hamburger	4	—	$61\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{4}$	$87\frac{3}{4}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	44	—
Prior. A. B.	4	$74\frac{1}{4}$	—
" " "	5	$78\frac{3}{4}$	$78\frac{1}{4}$
" " "	—	—	$84\frac{1}{2}$
Berlin-Stettiner	$3\frac{1}{2}$	77	—
Cöln-Mindener	$4\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{2}$	88
" Prioritäts-	4	$91\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	$3\frac{1}{2}$	$70\frac{1}{8}$	$69\frac{1}{8}$
Niederschles.-Märkische	4	80	$79\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	5	94	$93\frac{1}{4}$
" " III. Serie	5	—	$87\frac{1}{8}$
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	$82\frac{1}{2}$
" " B.	$3\frac{1}{2}$	—	$82\frac{1}{2}$
Rheinische	—	—	53
" Stamm-Prioritäts-	4	$68\frac{1}{2}$	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	$49\frac{1}{2}$	$48\frac{1}{2}$
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	—	$65\frac{1}{2}$